

Corona entschuldigt nicht alles: Es war schon vorher absehbar, dass die Haushaltsspielräume für 2021 2024 enger werden.

Wenn wir jetzt den Haushaltsplan für 2021 verabschieden, dann wissen wir: Die Unsicherheiten für die Jahre 2021 bis 2024 sind größer geworden als selbst in der früheren Wirtschaftskrise. Was im Vorjahr vor Ausbruch der Krise von mir angedeutet wurde, bestätigt sich leider extrem:

Die guten Ergebnisse der Vorjahre sind Vergangenheit. Wenn wir beim Nachtragshaushalt für 2020 nochmals mit einem blauen Auge davorkamen, dann nur deshalb, weil uns Land und Bund unter die Arme griffen. Aber auch für die dafür aufgenommenen Schulden muss der Schuldendienst in den kommenden Jahren getragen werden! Hoffentlich erreichen wir mit den Unterstützungsmaßnahmen wenigstens, dass wir 2021 – 2024 nicht noch deutlich weniger Ausgleichszahlungen und Steuereinnahmen erzielen, als jetzt erwartet!

Rechneten wir für 2020 noch vor der Krise mit einem *mageren positiven Ergebnis von 692 T€*, so fehlen uns gegenüber der Vorausschätzung für 2021 im Vorjahreshaushalt circa 2,6 Mio. €, was zu einem **Fehlbetrag im laufenden Ergebnis von 2.102 T€** im Jahr 2021 führt. Und etwa 3 Mio. € fehlen uns gegenüber der Vorjahresschätzung bei den ordentlichen Ergebnissen der Jahre 2021 – 2023 auf der Basis der Steuerschätzungen vom 20. November 2020, als die weitere Corona-Situation noch nicht abschätzbar war:

Für 2021 und 2022 erwartet unser Kämmerer im laufenden Bereich *insgesamt* „ordentliche“ Verluste von 4,0 Mio. €, die den Wertverlust unseres Anlagevermögens zwar gerade noch so decken, so dass wir deshalb noch keine Kredite aufnehmen müssten.

Aber: *Diese Beträge haben wir nicht mehr zur Verfügung für Investitionen und müssen deshalb diese mit Krediten finanzieren, was in den letzten Jahren nicht der Fall war!*

Was bedeutet das für Verwaltung und Gemeinderäte?

Wir müssen noch stärker als in der Vergangenheit bei unseren Entscheidungen darauf achten, ob sich positive oder negative Trends fortsetzen oder nicht. Und wir müssen unsere Entscheidungen weniger vergangenheitsorientiert als vielmehr zukunftsbezogen treffen.

Konkret zum Haushalt 2021 selbst:

Unser **Planverlust** für 2021 soll von geschätzten **- 282 T€** um **- 1.820 T€** auf **- 2.102 T€** ansteigen. Etwa 1.000 T€ fehlen uns bei der Einkommensteuer, etwa 200 T€ sollen uns (*nur?*) bei den Gewerbesteuererinnahmen gegenüber der Vor-Corona-Schätzung fehlen?? Bei den Zuweisungen könnten wir zwar nochmals mit den bisherigen Beträgen rechnen, aber die Personalaufwendungen und die Sachaufwendungen werden höher sein als im letzten Jahr erwartet. Und so wie es in den Vorjahren regelmäßig war, dürften es sich auch 2021 – 2024 Jahr für Jahr wiederholen: Bei nur geschätzten nominellen Erhöhungen der Personalaufwendungen

Dr. Kurt Rohner FDP-Gemeinderat

um jährlich 2 % mindern Personalmehrungen voll das Ergebnis: Bei fast 8,6 Mio. T€ Personalaufwand brauchen wir nicht lange nach dem Posten zu suchen, der uns am meisten „kostet“ und der leider nur wenig - nach unten – beeinflussbar ist! Die Prüfer von der Gemeindeprüfungsanstalt haben uns bei der letzten Prüfung zu unserer Beruhigung zwar in den Bericht geschrieben, dass wir personell nicht überbesetzt sind. Aber auch, dass wir mit freiwilligen Leistungen zurückhaltend agieren sollten.

Wofür geben wir 2021 unser „Gemeindeeinkommen“ aus?

Am interessantesten dürfte für alle der Haushaltsquerschnitt sein, den man auf S. 539 ff. unseres umfangreichen Haushaltplanes findet (gerundete Zahlen):

Bei verfügbaren Mitteln von nur noch 800 € pro Bürger im Jahr (9,4 Mio. €/11.324 Bürger; im Vorjahr waren es noch 1.000 €) gibt die Gemeinde selbst je Einwohner 34 % dieser Mittel allein für die Kindergärten aus. 1.000 € kostet im Durchschnitt jeder Kindergartenplatz pro Monat – die Gemeinde trägt davon den Löwenanteil mit 60 %. Sicher gut angelegtes Geld, aber: Es steht nicht mehr für andere Zwecke zur Verfügung. Und: Die Beiträge der Eltern machen mit 423 T€ gerade 8 % der Gesamtkosten aus. Bei den Schulen sind es weitere 13 % unserer Mittel, die die Gemeinde trägt, so dass 53 % unserer Mittel der Jugend direkt zukommen. Und für Sportstätten geben wir weitere 7 % aus: Das ist insgesamt etwa ein Drittel unseres verfügbaren Jahresbetrages!

Unsere Infrastruktur kostet uns beim Straßennetz 18 % -bei uns gut instandgehalten- und bei Versorgung und Entsorgung 13 % und beim Bauwesen, Landschaftspflege und Friedhöfe schlagen mit 8 % zu Buche. Die verbleibenden Kosten der (inneren) Gemeindeverwaltung von 22 % liegen dabei noch in einem erträglichen Rahmen. Mehr als 9,4 Mio. €? Das sind die etwa 2,1 Mio. €, die wir 2021 als Verlust über unsere verfügbaren Mittel hinaus aus der Substanz leben!

Was gilt für die Zukunft beim Ergebnis?

Bei den **Steuereinnahmen** sind unser Kämmerer und die Steuerschätzer bis 2023 zwar nun doch sehr zurückhaltend. Und gerade im Abwärtstrend gilt, dass wir eher nicht mehr mit hoher Übererfüllung der Planwerte rechnen können wie in der Vergangenheit, sondern eher mit schlechteren Ergebnissen rechnen müssen.

Wo bleibt zum Sparen – bei geringeren Mitteln - primär Luft?

Bei den **Ausgaben** wissen wir: Unser Kämmerer – und die für die Ressorts Verantwortlichen liegen bei den *Sachausgaben* in der Regel sehr gut.

Die Krux sind nach wie vor die *Personalausgaben*, die mit 8.6 Mio. € mittlerweile über 90 % unserer verfügbaren Mittel kosten, wovon wieder 3,1 Mio. € (im Vorjahr noch 2,8 Mio. €) allein auf die Kindergärten entfallen:

„Normale“ Gehaltserhöhungen können wir einplanen, aber nicht Stellenmehrungen - insbesondere in der Kinderbetreuung, die uns in der Regel durch Land und Bund „verordnet“ werden, aber leider weder durch diese noch durch die Eltern ausreichend ersetzt werden. Wir müssen auch künftig damit rechnen, dass die geplanten Personalaufwendungen nicht „reichen“, weil wir Stellenmehrungen mittelfristig überhaupt nicht einplanen und: Jedes neue Baugebiet konkret bei den Kindergärten Mehrbedarf bringt – von gesetzlichen oder freiwilligen Mehrleistungen dort noch gar nicht zu reden!

Deshalb: Wir müssen – und werden - uns bei neuen Aufgabenstellungen zurückhalten müssen!



Dr. Kurt Rohner FDP-Gemeinderat

Und wie sieht es bei unserem Vermögen und unseren Schulden aus?

Auch bei den Investitionen 2021 und in der Planung bis 2024 ist Zurückhaltung angesagt.

Leider können wir weder 2021 noch 2022 wie in früheren Jahren den Wertverlust unseres Gemeindevermögens (von über 120 Mio. € oder 10.000 €/Einwohner) durch Abschreibungen von jährlich etwa 3 Mio. € (saldiert mit Zuschussauflösungen ca. 1,5 Mio. €) erwirtschaften, sondern werden in beiden Jahren höhere Verluste erzielen, als es dem Netto-Wertverlust entspricht. Für unser Eigenkapital erzielen wir also statt einer Verzinsung Verluste:

Welcher Privatmann wäre damit zufrieden?

Den Wertverlust ersetzen wir 2021 wieder durch **Bauinvestitionen** von über **5,0 Mio. €**. Davon entfällt mit 2,4 Mio. € fast die Hälfte auf die Fortsetzung der Ortskernsanierung, während für die **Sportstätten** 2021 bisher erst 773 T€ eingeplant sind und der Großteil des „Großprojektes **Fremersbergstadion**“ von brutto 3.430 T€ oder netto **2.446 T€** erst in den Folgejahren anfallen wird. Dabei haben wir es uns nicht leicht gemacht: Mit den betroffenen Vereinen haben wir einen Ansatz entwickelt, der den Wünschen der Vereine – und der Schulen – weitgehend entsprach und den wir im Gemeinderat am Ende auch für finanzierbar hielten – auch in der jetzigen angespannten Situation. Die früheren Vorstellungen vom Verzicht auf Kreditaufnahmen sind damit vom Tisch: Auch beim Griff in die noch – für andere Projekte – gefüllten Kassen ist für die Investitionen der Jahre 2021 und 2022 eine Kreditaufnahme von **1.500 T€**

eingeplant, denn auch der Straßenbau und das Versorgungsnetz erfordern - neben den Investitionen bei den Gemeindewerken – bei der Gemeinde selbst mit **1.040 T€**

Mittel über die reinen Reparaturen hinaus.

Angesagt ist aber auf jeden Fall – bei geringeren Mitteln als bisher angenommen – auch die Überprüfung aller noch nicht gestarteten Projekte auf ihre Notwendigkeit. Und dazu zählen für mich an vorderster Stelle die Badestelle in Leiberstung ebenso wie die Erweiterung der **Einsegnungshalle** in Sinzheim. Wenigstens sind nun von den auf **1.000 T€** geschätzten Kosten für die – **notwendige?** - *Renovierung der Nebengebäude* auf dem Friedhof in Sinzheim nun 500 T€ verschoben nach 2023 und 2024. Beide Maßnahmen sind noch nicht begonnen – beide Maßnahmen können - und sollen - nach meiner Meinung vor einer Realisierung auf Kosten und Nutzen weiter geprüft werden.

Nach wie vor sind die **Investitionskosten und die laufendem Kosten der Badestelle in Leiberstung für mich nicht plausibel**. Dieses Projekt erhielt im Mai 2020 mit großer Mehrheit den Zuschlag für ein vorläufiges Investitionsvolumen von fast 500 T€, ohne dass diese komplett im Haushalt/Finanzplan enthalten sind (bisher nur 320 T€) und dass eine klare Aussage zu den laufenden Kosten des Betriebs vorliegt! Und bei der Einsegnungshalle haben wir – **dank unserer beiden Kirchengemeinden** – erreicht, dass Trauerfeiern mit größerem Platzbedarf in den nahen Kirchen abgehalten werden können: Warum verweigert man uns im Gemeinderat nach wie vor die erbetene Information, wie viele „Problemfälle“ es im Jahr überhaupt gab? Warum nicht die für die Erweiterung m. E. nicht (mehr) benötigten Erweiterungsmittel einsparen und die für später geplanten Mittel dann für eine frühere Sanierung der Nebengebäude (früher) freigeben? Für die nach Meinung der beiden Kirchengemeinden nicht zwingende *Erweiterung der Einsegnungshalle* – beide Kirchengebäude stehen für größere Trauerfeiern zur Verfügung – steht jetzt nur noch 2024 ein Teilbetrag von 50 T€ statt der bisherigen 550 T€ im Finanzplan. Und die durch uns durchgeführte Besichtigung der Nebengebäude hat wegen des „Reparaturbedarfs“ für mich keine überzeugenden Argumente gebracht, die den dort vorgesehenen Aufwand erfordern.



Dr. Kurt Rohner FDP-Gemeinderat

Und dass der Waldkindergarten in Vormberg ein Renner ist, sollte uns weiter veranlassen, den dortigen Standort auch auf eine Erweiterungsmöglichkeit hin zu überprüfen: Gibt es dort nicht mehr Synergieeffekte mit der jetzigen Gruppe und z. B. auch eine neue Nutzungsmöglichkeit für den alten Festplatz von Vormberg direkt daneben als in einem neuen Standort zu investieren? Ein Projekt an anderer Stelle ist sicher in der Investition und im laufendem Unterhalt deutlich teurer.

Dank sei an dieser Stelle unserem Kämmerer und seiner „Mannschaft“ gesagt für die gewohnt gekonnte Arbeit – nun im dritten Jahr des neuen Haushaltsrechts: Wir können wieder ein m. E. noch aussagekräftigeres Zahlenwerk als in der Vergangenheit verabschieden.

Leider haben wir vor der heutigen öffentlichen Verabschiedung des Haushalts 2021 nur ein einziges Mal – digital – darüber beraten, was aber der Mehrheit der Gemeinderäte genügte: **Mir kam der mögliche sachliche Einstieg in nun 3 Jahre Neues Haushaltsrecht im Vergleich und die Befassung mit den Wirkungen der Corona-Krise viel zu kurz.** Und dass erst am Wochenende vor dieser Sitzung der zu verabschiedende Haushalt fertig war und zur Erstellung unserer Haushaltsreden genutzt werden konnte, ist eine Meisterleistung unseres Kämmerers, von dem ich auch noch auf meine Fragen zufriedenstellende Antworten erhielt bezogen auf die Folgejahre.

Der Haushalt für 2021 findet deshalb meine Zustimmung. Die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung halte ich aber unverändert für diskutabel und verbesserungsfähig vor der Umsetzung.